



„Eine Lernerfahrung, von der alle profitieren.“

Luftwaffen-Piloten beim Chinook-Training in den USA



3

Grundsätze moderner militärischer Logistik

7

Lieferketten: Europa zwischen den Fronten

11

Erfolgreiche Schießübungen vor Andøya

13

Pilotenausbildung auf CH-47F

16

Moratorium für die Konversion von Bw-Liegenschaften

18

Marktreife deutscher Laserwaffen in greifbarer Nähe



20 JAHRE EXPERTE FÜR INSTANDHALTUNG

Seit 2005 stellen wir die Verfügbarkeit der landbasierten Waffensysteme der Bundeswehr sicher und kümmern uns um die Instandhaltung der umfangreichen und technisch anspruchsvollen Fahrzeugflotte. Was uns dabei antreibt? Die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten.



karriere.hilgmbh.de

Grundsätze moderner militärischer Logistik

Von Manfred Opel

Kampfkraft ohne Waffen

Ein militärischer Grundsatz besagt, dass man keinen Krieg allein mit einer überlegenen eigenen Logistik gewinnen kann. Mit einer schlechten Logistik hingegen schwindet die eigene Kampfkraft und man unterliegt mit Sicherheit. Dieser strategische Grundsatz, der ursprünglich aus der Antike stammt, gilt noch heute unverändert.

Das beste moderne Beispiel für die überragende Bedeutung des strategischen Lehrsatzes der Integration von Kampftruppe und Kampfunterstützung bildet der Sechstagekrieg Israels gegen die arabischen Staaten, der vom 5. bis zum 10. Juni 1967 dauerte. In diesem Krieg versagte eine formal weit überlegene arabische Streitmacht vollkommen – einfach deshalb, weil sie weder Vorsorge getroffen hatte, ihre eigene Logistik als System zu beherrschen, noch diese hinreichend funktionstüchtig in ihre operativen Militär-Strukturen einzubinden vermochte. In der Folge gewann Israel den Sechstagekrieg umfassend und in unglaublich kurzer Zeit. Dieser, von den Gegnern Israels provozierte Waffengang, änderte die Geschichte des Nahen Ostens grundlegend und weit über den Tag hinaus.

Die entscheidenden Gründe für den Erfolg Israels waren damals, neben einer bravourösen strategischen militärischen Führung, die umfassende Vorbereitung der eigenen Truppe und auch der intelligente logistische Kampf Israels gegen den Angreifer bereits weit im Vorfeld. Dadurch wurden die arabischen Truppen weitgehend bewegungsunfähig gemacht – und damit kampfunfähig.

Auch bei der Bundeswehr scheint der Wert einer durchdachten Logistik für die eigene Kampfkraft und die Durchhaltefähigkeit weiterhin als gering eingeschätzt zu werden. So gibt es zum Beispiel derzeit eine Reihe von fachlichen Veranstaltungen mit hochrangigen Teilnehmern aus dem Verteidigungsministerium (BMVg), die sich mit dem Thema „Steigerung der Kriegstüchtigkeit“ befassen. Bei diesen Tagungen spielt jedoch die dafür zentral mitentscheidende Logistik regelmäßig keine Rolle.

Insgesamt wundert man sich zudem sehr, dass selbst die NATO diesen ehernen Grundsatz der Kriegskunst vollkommen negiert. So gibt es in der NATO-Organisation sehr viele Kommando-posten, die den Kampftruppen zugeordnet sind. Die hochrangigsten dieser Posten sind noch immer zumeist mit Amerikanern besetzt. Doch so etwas wie eine „umfassende operative NATO-Logistik“ gibt es bis heute nicht. Siehe auch zum Beispiel die Unterstützung der Ukraine.

Dieser elementare Fehler reduziert die herstellbare summarische Gesamtkampfkraft der NATO mindestens um den Faktor 3.

Das ist eine riesige Vergeudung, über die sich Wladimir Putin sicher freuen wird. Doch auch die russischen Streitkräfte in der Ukraine zeigen gravierende logistische Mängel, an denen sie bereits mehrfach scheiterten.



Der Faktor 3

Man muss diesen grundsätzlichen Mangel der Trennung von Einsatz- und Unterstützungskräften auf dem Schlachtfeld buchstäblich tagtäglich feststellen, wenn es zum Beispiel um die Unterstützung der Ukraine geht. Abgesehen davon gibt es bis heute keinen Hinweis darauf, dass man in der NATO oder bei den NATO-Staaten endlich das „operative Ruder“ herumreißt, um dieses massive strategische Defizit abzustellen. Dabei wäre genau das extrem einfach und zudem hoch wirksam.

Man bräuchte nur einen Teil von etwa 30% der operativ direkt erforderlichen Logistik in die Kampftruppe zu integrieren. Das würde als erster Schritt hin zu einer modernen integrierten Wehr-Organisation ausreichen.

Vor allem bei einer länger anhaltenden, schnellen und dynamischen Kampfführung würde eine solche „integrative logistische Maßnahme“ den Kampfwert der Truppe sogar mittelfristig bereits um bis über 50% erhöhen können. Da zugleich die eigenen Verluste deutlich geringer würden, erweist sich eine solche Maßnahme insgesamt als vielfach effektiv.

Übrigens ist die Tatsache, dass Israel mit seiner „Reservisten-Armee“ geradezu explosionsartig eine überlegene Kampfkraft generieren kann, genau der Maßnahme geschuldet, dass die Logistik weitgehend in die Kampftruppe integriert ist.

Weshalb Deutschland dieser offensichtlich deutlich überlegenen Organisation Israels nicht wenigstens grundsätzlich folgt, kann man nicht nachvollziehen. Dieses Vorgehen würde zudem allen eigenen Erfahrungen aus realen Einsätzen entsprechen.

An diesem zentralen Beispiel erkennt man unschwer, dass die NATO kein umfassend strukturiertes Militär- und Verteidigungs-System anbietet, sondern mehr oder minder nur ein amerikanisch dominiertes Befehls-System für die unterstellten Kampf-Truppen. Das mag aus amerikanischer Sicht vorteilhaft sein, doch aus europäischer Sicht ist es das mit Sicherheit nicht, allein, weil dadurch – ohne jede Not – zusätzliche eigene Opfer unvermeidlich sind. So ist zum Beispiel ein schneller, hochdynamischer Krieg nach israelischem Vorbild mit dem „lahmen“ amerikanischen Organisations-System, wie es der NATO quasi aufgezwungen wurde, nahezu unmöglich.

Dadurch ist die Kampfkraft der heute weitgehend unflexiblen NATO-Streitkräfte auf längere Sicht um mindestens den Faktor 3 geringer, als sie es bei ihrer optimalen Ausrichtung sein könnte. Die Logistik der NATO-Truppen ist folglich weiterhin im Wesentlichen eine isolierte, nationale Aufgabe.

Die Logistiker der Bundeswehr sind im Unterstützungsreich organisiert, obwohl sich eine Integration in die kämpfenden Verbände positiv auf die Kampfkraft auswirken würde.



Hinreichend zufriedenstellend funktionieren kann ein solches System, zumindest in einem modernen Konflikt, nicht. Doch entscheidend ist in diesem Zusammenhang, dass dadurch unnötig hohe eigene Verluste und Opferzahlen nicht vermieden werden können, obgleich es sehr leicht und ohne jeden Zusatzaufwand möglich wäre.

Genau diesen Mangel sehen wir heute tagtäglich auch in der Ukraine; das bedeutet, dass ohne eine vollständig integrierte logistische Komponente kein einziges Kampfsystem wirksam und schnell funktionieren kann.

Genau dieses Faktum bietet vielfache Möglichkeiten, die eigene Kampfkraft zu steigern bzw. eine militärische Auseinandersetzung sehr schnell zu beenden und dadurch viele Opfer zu vermeiden, ohne dass eine solche Organisation mehr Personal und wesentlich mehr Material erfordern würde.

Helmut Schmidt hat seine aus eigener Erfahrung gewonnenen Absichten, die bereits sehr früh in diese Richtung gingen, mehrfach geäußert. Doch die Chance, sie umzusetzen, hatte er nicht mehr. Die Bundeswehr hat viele kluge und erfahrene Offiziere, die es bereits in kurzer Zeit schaffen würden, die Optimierung der Kampfkraft mit einem Minimum menschlichen Risikos zu verknüpfen. Man müsste sie nur „von der Leine lassen.“

Führungsunterstützung aus dem Zentrum Europas

Heute spielen sich in der Ukraine dramatische operative Vorgänge allein deshalb ab, weil die NATO – die ja, wie dargestellt, über keine eigene umfassende Militär-Logistik verfügt – der Ukraine nicht im erforderlichen Ausmaß helfen kann und, was ausgerechnet die USA angeht, wohl auch nicht helfen will.

Streitkräfte sind in Wahrheit ein verknüpftes System, das im Kern aus den sieben klassischen Elementen, nämlich Führung und Einsatz, Information, Truppe und Personal, Logistik, Ausbildung, Verwaltung sowie Sanitätsdienst besteht.

Dabei ist es wie bei einer Kette: Ist eines dieser Elemente schwach oder nicht tragfähig, sinkt die „Gesamtleistung“, also die Verteidigungs- und Kampffähigkeit des Gesamtsystems dramatisch. Das kann man heute am Beispiel der Ukraine deutlich erkennen, wo die Kampffähigkeit dieses Landes allein deshalb dramatisch eingebrochen ist, weil die USA unter Trump sich nachhaltig weigern, diesem von Putin angegriffenen Land hinreichend und andauernd sachgerecht mit der Bereitstellung von Verteidigungs-Material zu helfen.

Allein von der Ukraine zu fordern, sie solle einen Großteil ihres eigenen Landes auf Dauer an Putin abtreten, ist ein unerhört abstoßender und für die gesamte europäische NATO zerstörerischer, sogar beleidigender Vorgang. Trump würde vermutlich Gleicher auch von jedem anderen NATO-Mitglied fordern. Das sollten sich die NATO-Mitglieder einmal vor Augen führen, anstatt ständig bittstellend nach Washington zu pilgern.



Damit haben die USA klar den Anspruch verwirkt, die sog. „lead-nation“ der NATO zu sein. Gleichzeitig erwächst daraus die Pflicht der Europäer, nun endlich ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen. Deutschland, als dem leistungsfähigsten Technologie-Staat in Europa, kommt dabei, zusammen mit anderen europäischen Partnern, eine politische Führungsfunktion zu, wenn die Mehrheit der anderen europäischen Staaten das so will.

Doch darauf ist Deutschland einerseits nicht vorbereitet und macht andererseits keinerlei Anstalten, dafür tragfähige Strukturen zu entwickeln oder gar vorzuschlagen. Mit einem Wort: Deutschland nimmt derzeit jene kooperative Führungsrolle, welche die anderen europäischen Nationen von ihm erwarten, nicht wahr. Genau diese Untätigkeit wird Putin massiv helfen, seine „gesamt-europäischen Eroberungspläne“ mit Macht weiter voranzutreiben.

Das Schicksal Europas hängt heute eindeutig davon an, ob Deutschland seine politische Koordinierungsrolle in und für Europa endlich übernimmt. Das ist kein Anflug nationalistischer Arroganz; das ist Dienst am gemeinsamen Europa. Und dafür müssen wir werben.

Um es ganz klar zu sagen:

Es kommt nicht darauf an, dass sich Deutschland als Führungsnation Europas aufspielt. Es kommt einzig und allein darauf an, dass Deutschland bereit ist, seinen europäischen Verbündeten zu helfen, ihre gemeinsamen politischen Wünsche Wirklichkeit werden zu lassen. Das ist eine dienende Rolle, die helfen kann, dass Deutschland zu jener friedensstiftenden Aufgabe findet, die es als „Friedensnation“ seit vielen Jahren aktiv und nachhaltig sucht.

Keine Angst vor Überschuldung!

Dabei steht noch das Problem der Finanzierung im Raum. Ohne dessen Lösung wird Putin fortfahren, zunächst die Ukraine zu zerstören. Denn er hat sich bis heute in seinem Leben niemals davon abhalten lassen, seine persönlichen Vorhaben voranzutreiben.

Doch auch da kann die Bundesrepublik trotz des derzeit wieder aufflammenden öffentlichen und vollkommen abwegigen Geschreis wegen einer angeblichen Überschuldung Deutschlands vollkommen entspannt reagieren:

Allein die deutschen privaten Haushalte (ohne die Wirtschaft!) besitzen zusammen ein Geldvermögen von mehr als 9 Billionen Euro. Eine Billion sind eine Million Millionen! Da sollte es doch möglich sein, einen Sonder-Fonds zu schaffen, in welchen die deutschen Haushalte insgesamt etwa 500 Milliarden (oder rund 5% ihres Geldvermögens) gut verzinst einbringen, um dem Staat die Möglichkeit zu geben, die nationale und die europäische Sicherheit zu finanzieren. Der genannte Betrag macht nur etwa zwei Drittel der Summe aus, welche die Deutschen allein im Jahr 2024 auf die hohe Kante legten.

Natürlich muss eine solche Sicherheits-Anleihe gut verzinst werden. Geld ist nämlich die weitaus schärfste Waffe, mit der man Putin mit Sicherheit besiegen kann. Und Deutschland ist dabei in Europa führend. Tun wir also unsere Pflicht.

Wenn wir eine Friedens-Nation sein wollen, dann müssen wir diesen Frieden auch finanzieren. Denn Tatsache ist außerdem: Die teuerste Alternative ist das Nichtstun; es droht der Verlust aller Ersparnisse.

Wie müssen also lediglich „unseren Ersparnissen erlauben, uns zu verteidigen.“



Über den Autor: Brigadegeneral a.D., Dipl.-Ing. Manfred Opel, M.A., ehemalig MdB, war u.a. Referatsleiter für Strategische Planung im Internationalen Militärstab des NATO-Hauptquartiers in Brüssel sowie General für Luftwaffenangelegenheiten der Rüstung. Der Beitrag gibt seine persönlichen Einschätzungen und Ansichten wieder.

Bildauswahl und -beschriftung: Daniel Kromberg

Lieferketten: Europa zwischen den geopolitischen Fronten

Wie der Konflikt um das Unternehmen Nexperia eine neue Halbleiterkrise auslöste

Von Simon Wunder



Ein Anfang Oktober verhängtes chinesisches Exportverbot für Chips des Herstellers Nexperia hat eine neue Halbleiterkrise ausgelöst, in der Europa zwischen die Fronten des geopolitischen Konflikts zwischen China und den USA geraten ist. Diese Krise kann zu Produktionsunterbrechungen vor allem in der Automobilindustrie führen und auch Lieferketten im Bereich Rüstung beeinträchtigen. Sie offenbart grundsätzliche geopolitische Verwundbarkeiten Europas, auf die bislang weder Wirtschaft noch Politik hinreichend wirksame Antworten gefunden haben.

Der strategische Wettbewerb zwischen China und den USA

Die aktuelle Halbleiterkrise entstand im Kontext der vorwiegend mit geoökonomischen Mitteln ausgetragenen strategischen Rivalität zwischen den USA und China. Beide Seiten versuchen, eigene wirtschaftliche und technologische Abhängigkeiten auf relevanten Gebieten zu reduzieren und vorhandene Abhängigkeiten der jeweiligen Gegenseite zu stärken oder solche aufzubauen, um diese zur Durchsetzung politischer Ziele nutzen zu können.

Die USA versuchen im Rahmen dieses Konflikts unter anderem, chinesischen Unternehmen den Zugriff auf fortschrittliche Halbleiter und die zu ihrer Produktion erforderliche Technologie zu verwehren. Der teilweise in staatlichem Besitz befindliche chinesische Technologiekonzern Wingtech Technology wurde dazu im Dezember 2024 in ein als „Entity List“ bezeichnete Dokument des zum amerikanischen Handelsministerium gehörenden Bureau of Industry and Security (BIS) aufgenommen. Die aufgeführten Unternehmen benötigen für den Bezug strategisch relevanter Güter oder Technologien aus den USA entsprechende Exportlizenzen. Bereits 2019 hatte Wingtech das niederländische Unternehmen Nexperia übernommen, um eine stärkere chinesische Position in Halbleiter-Lieferketten zu gewinnen und entsprechende eigene Abhängigkeiten zu reduzieren. Nexperia ist Weltmarktführer bei Standardhalbleitern, die unter anderem in der Automobilindustrie verbreitet eingesetzt werden.

Am 29. September 2025 beschloss die amerikanische Regierung, die erwähnten Exportkontrollen auch auf Töchter der gelisteten Unternehmen auszuweiten. Wie erst später bekannt wurde, hatten die USA die Niederlande im Juni 2025 darauf hingewiesen, dass Nexperia von dieser Maßnahme betroffen sein werde und eine mögliche Ausnahme nur dann gewährt werden könne, wenn zumindest der chinesische Geschäftsführer des Unternehmens aus seiner Funktion entfernt werde.

Das niederländische Wirtschaftsministerium übernahm auf Grundlage eines zuvor noch nicht angewendeten Gesetzes zum Schutz von Lieferketten am 30. September 2025 die Kontrolle über Nexperia, um amerikanische Exportkontrollen abzuwenden. Diese hätten die Lieferfähigkeit des Unternehmens stark beeinträchtigt, da dieses auf Zulieferer und Dienstleistungen aus den USA angewiesen ist. Außerdem wollten die Niederlande auf diesem Weg einer möglichen Verlagerung der Produktion der Firma nach China zuvorkommen. Nexperia darf nun für ein Jahr keine Aktivitäten ins Ausland verlegen, Angehörige der Unternehmensleitung entlassen oder sonstige Entscheidungen ohne Zustimmung der Regierung treffen. Wenige Tage später entfernte ein niederländisches Gericht Zhang Xuezheng, den chinesischen Geschäftsführer von Nexperia, unter Verweis auf Interessenkonflikte aus seiner Funktion und übertrug die Firmenanteile sowie die damit verbundenen Stimmrechte an einen Treuhänder. Versuche, eine Umstrukturierung von Nexperia auf dem Verhandlungsweg durchzusetzen, seien zuvor am Widerstand Zhangs gescheitert.

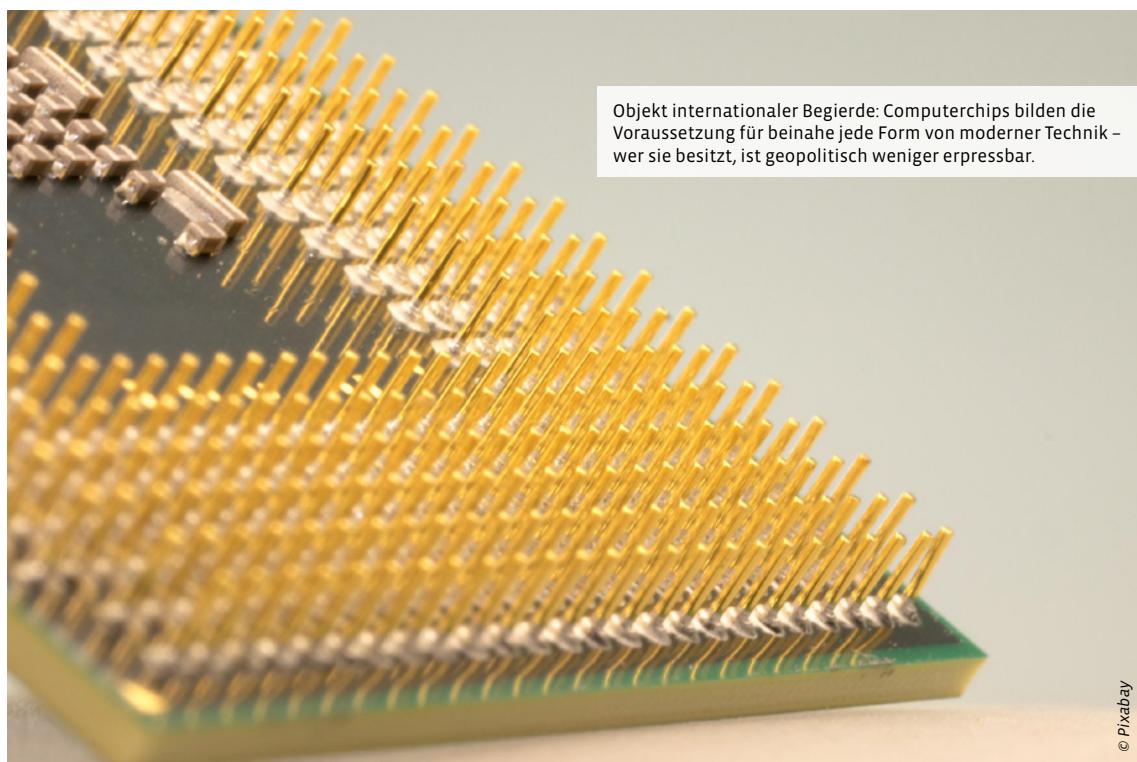
Störung globaler Halbleiter-Lieferketten nach chinesischem Exportverbot

Das chinesische Handelsministerium reagierte auf die niederländischen Maßnahmen mit der Forderung, diese rückgängig zu machen, und verbot zu deren Durchsetzung am 4. Oktober 2025 den Export jeglicher von Nexperia hergestellter Halbleiter. Da rund 80 Prozent der Produktion des Unternehmens einen abschließenden Fertigungsschritt in China durchläuft, führte diese Maßnahme dazu, dass die Halbleiter-Versorgung vor allem der Automobilindustrie, die etwa 60 Prozent der Produktion von Nexperia abnimmt, derzeit in Europa, den USA und Japan beeinträchtigt ist.

Nexperia ist mit einem Marktanteil von rund 40 Prozent der globale Marktführer bei einfachen Halbleitern wie Transistoren, Dioden und integrierten Schaltkreisen. Alternative Zulieferer stehen beispielsweise mit Infineon, Texas Instruments, Renesas oder ON Semiconductor zwar prinzipiell zur Verfügung; jedoch werden diese voraussichtlich drei bis sechs Monate benötigen, um ihre Produktion so anzupassen, dass sie die Ausfälle bei Nexperia kompensieren können. Vor allem im Automobil-Bereich sowie in der Luft- und Raumfahrt müssen bestimmte Systeme zudem zertifiziert werden, um deren Zuverlässigkeit zu gewährleisten. Beim nachträglichen Austausch von Halbleitern ist eine erneute, mit Zeitaufwand verbundene Zertifizierung erforderlich.

Im Rüstungsbereich ist eine Störung von Lieferketten ebenfalls wahrscheinlich, da laut einer Analyse der Plattform Prewave alle größeren europäischen Rüstungsunternehmen Halbleiter von Nexperia verwenden. Öffentlich verfügbare Zahlen zu Abhängigkeiten in diesem Bereich liegen nicht vor, aber eine 2022 veröffentlichte Analyse stellte für die USA fest, dass dort in diesem Bereich rund 40 Prozent der Halbleiter von chinesischen Herstellern stammen. Einige deutsche Rüstungsunternehmen erklärten zwar, dass ihre Versorgung durch Lagerbestände langfristig sichergestellt sei. Auch aufgrund der Komplexität und zum Teil geringen Transparenz von Lieferketten ist jedoch unklar, ob die oft auch für den zivilen Markt produzierenden Zulieferer dieser Firmen ebenfalls über ausreichende Bestände verfügen und bei anhaltenden Versorgungsausfällen lieferfähig bleiben werden.

Die Automobilindustrie verhinderte bislang in den meisten Fällen Produktionsunterbrechungen, weil Unternehmen die Resilienz ihrer Lieferketten nach der Halbleiterkrise von 2021 gesteigert hatten. Maßnahmen wie erhöhte Lagerbestände oder Vorgaben zu solchen Beständen bei Zulieferern sowie die Nutzung mehrerer Bezugsquellen haben dazu beigetragen, dass die Auswirkungen der aktuellen Krise bisher begrenzt blieben.



Produktionsunterbrechungen in der Industrie sind bei länger anhaltendem Konflikt wahrscheinlich

Sollte kurzfristig keine politische Lösung des Konflikts um Nexperia zustande kommen, etwa im Rahmen des für den 30. Oktober angesetzten Treffens zwischen Xi Jinping und Donald Trump, sind Produktionsunterbrechungen in der Industrie in den kommenden Wochen laut Medienberichten wahrscheinlich. Aktuell werden die entsprechenden Verhandlungen auf niederländischer Seite vom amtierenden Wirtschaftsminister Vincent Karremans geführt, der sein Amt im Juni übergangsweise übernahm und aufgrund der ungünstigen Umfrageergebnisse seiner Partei im Vorfeld der für den 29. Oktober angesetzten Parlamentswahlen voraussichtlich nicht mehr lange bekleiden wird. Er steht politisch aktuell unter Druck und wird kritisiert, die Risiken des Vorgehens gegenüber Nexperia unterschätzt zu haben. Der derzeit als aussichtsreicher Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten geltende Henri Bontenbal hat zwar in Aussicht gestellt, die gegen Nexperia verhängten Maßnahmen teilweise zurückzunehmen, was zu einer Beilegung des Konflikts führen kann. Er würde allerdings vor der Herausforderung stehen, eine Korrektur der Maßnahmen so zu gestalten, dass chinesische und amerikanische Forderungen gleichermaßen erfüllt werden.

Der Nexperia-Fall offenbart eine neue geopolitische Lage Europas

Das Geschehen um Nexperia legt mehrere Aspekte der neuen geopolitischen Lage Europas offen, die voraussichtlich die kommenden Jahre prägen werden.

Eine zentrale Größe ist dabei der wachsende amerikanische Druck auf Europa zur wirtschaftlichen Entkopplung von China über kritische Technologien und strategische Rohstoffe hinaus sowie die Abkehr der USA von Allianzen, die eine gemeinsame Bewältigung geopolitischer Risiken ermöglichen würden.

Ein anderer wichtiger Faktor ist die durch eine langfristig angelegte Industriepolitik ermöglichte zunehmende chinesische Kontrolle von Wertschöpfungsketten in strategisch relevanten Bereichen und die wachsende Bereitschaft des Landes, geoökonomische Mittel zur Durchsetzung seiner außen- und sicherheitspolitischen Interessen zu nutzen. Die entsprechenden Fähigkeiten Chinas werden wahrscheinlich in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Dazu tragen auch die neuen chinesischen Exportkontrollen bei Seltenen Erden bei. Diese erfordern zur Erteilung von Exportlizenzen die Offenlegung von Informationen durch Unternehmen, die Aufschlüsse über Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten in Lieferketten zulassen und potenziell einen zielgerichteteren und wirksameren Einsatz geoökonomischer Mittel ermöglichen.



Modell einer geplanten Halbleiterfabrik des taiwanesischen Konzerns ESMC in Dresden, die 2027 fertiggestellt werden soll. Auch als Reaktion auf den Chips Act wurden 2023 mehrere Bauprojekte für Chip-Fabriken in Deutschland angestoßen, deren (pünktliche) Inbetriebnahme jedoch nicht gesichert ist.

In der sich herausbildenden multipolaren Weltordnung und den damit verbundenen Konflikten zwischen geopolitischen Blöcken ist Deutschland aufgrund der globalen Verflechtung seiner Wirtschaft vor allem auch über deren Lieferketten verwundbar. Gesellschaftliche Resilienz ist in diesem Kontext zunächst auch das Produkt der Resilienz von Unternehmen gegenüber geopolitischen Risiken. Da geoökonomisches Handeln jedoch auch die Manipulation von Marktmechanismen einschließt und die Bewältigung der erwähnten Risiken zum Teil hohe Investitionen erfordert, ist die Wirtschaft allein nicht dazu in der Lage, diese Resilienz zu gewährleisten. Der deutsche Staat wiederum ist in diesem Bereich noch nicht hinreichend handlungsfähig und hat viele der unter anderem im aktuellen Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen im Bereich Wirtschaftssicherheit noch nicht umgesetzt. Zu den noch ausstehenden Maßnahmen zählen eine Anpassung der China-Strategie an die neue geopolitische Lage oder die Schaffung eines Lagebilds durch eine Expertenkommission zu wirtschaftlichen Abhängigkeiten im Deutschen Bundestag sowie die Behandlung von Fragen der Wirtschaftssicherheit durch den im Entstehen befindlichen Nationalen Sicherheitsrat.

Auch die EU scheint bislang nicht hinreichend handlungsfähig zu sein, um die angesprochenen Herausforderungen zu bewältigen. Laut dem Forscher Henry Farrell und Abraham Newman würden sowohl die USA als auch China in geoökonomischen Konflikten mit Europa dadurch zu offensivem Vorgehen bestärkt, dass die EU dem Prinzip „Europe Always Chickens Out“ folge. Die EU sei in ihrem gegenwärtigen Zustand weder institutionalen dazu aufgestellt noch innerlich geschlossen genug, um daran etwas zu ändern. Dies wird etwa dadurch unterstrichen, dass der 2023 geschaffene „Chips Act“ laut Europäischem Rechnungshof sein Ziel, die Abhängigkeit Europas im Bereich Halbleiter zu reduzieren, auch aufgrund mehrerer gescheiterter Großvorhaben nicht mehr erreichen kann.

Der EU Chips Act

Das Europäische Chip-Gesetz ist ein Maßnahmenpaket der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2023, das darauf abzielt, die Versorgungsschwierigkeiten bei Halbleitern zu bewältigen und die Produktion von Halbleitern in Europa zu erhöhen. Der Chips Act soll ein Budget von 43 Milliarden Euro bereitstellen, um den Anteil der EU an der weltweiten Produktionskapazität von ursprünglich unter 10 % auf 20 % zu erhöhen. (Quelle: Wikipedia)

Für Politik und Wirtschaft in Europa wächst angesichts dieser Herausforderungen der Druck, wirksame Antworten zu finden, bevor sich die Konfrontation zwischen den entstehenden geopolitischen Machtblöcken weiter verschärft und Ereignisse eintreten, welche die Resilienz europäischer Gesellschaften noch stärker belasten.

Über den Autor: Simon Wunder ist Research Fellow für geopolitische Risiken am Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (CASSIS) der Universität Bonn und Lehrbeauftragter am Institute for Intelligence and Security Management (I2SM) der NBS Northern Business School. Außerdem ist er im Bereich Risikomanagement tätig. Der Beitrag gibt seine persönlichen Einschätzungen und Ansichten wieder.

Kontakt: simon.wunder@i2sm.nbs.de

Bildauswahl und -beschriftung: Daniel Kromberg

IRIS-T überzeugt auf hoher See

Vom 13. bis 24. Oktober 2025 fand vor der Küste Norwegens die diesjährige Maritime Firing Exercise (MFE) der Deutschen Marine statt. In diesem Jahr übernahm die Fregatte „Sachsen“ die Rolle des Flaggschiffs und führte einen Verband mit mehreren Fregatten, Korvetten, Versorgungsschiffen, einem U-Boot und einem Bordhubschrauber an.

In den zwei Übungswochen wurde so intensiv trainiert wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Insgesamt wurden rund 50 Flugkörperabschüsse gegen Ziele in der Luft, auf See und an Land sowie zahlreiche Artillerie- und Torpedoschüsse durchgeführt, um die Leistungsfähigkeit der Waffensysteme unter realistischen Einsatzbedingungen zu prüfen. Auch Heer, Luftwaffe und der Bereich Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung (AIN) sowie internationale Partner waren eingebunden, um die Zusammenarbeit und gemeinsame Verteidigungsfähigkeit weiter auszubauen.

Das bewährte Schießgebiet vor der Insel Andøya in Norwegen – rund 300 Kilometer nördlich des Polarkreises – bot dafür ideale Voraussetzungen: Abseits ziviler Schifffahrtsrouten konnten die Einheiten dort alle Flugkörpertypen unter sicheren Bedingungen testen. Seit 2016 nutzt die Marine das Gebiet regelmäßig für Erprobungs- und Übungsschießen. Ein Abkommen zwischen Deutschland und Norwegen aus dem Jahr 2021 stellt sicher, dass dies auch künftig möglich sein wird.

Marine testet neue Starteranlage und IRIS-T

Zum ersten Mal wurde auf der Fregatte „Sachsen“ die modernste Version der Starteranlage Mk 41 bei der Schießübung vor Andøya getestet. Mit dem Waffensystem kann die Luftverteidigungsfregatte verschiedene Arten von Lenkflugkörpern verschießen. Es wurde ab 2023 während der Depotinstandsetzung im Marinearsenal Warnemünde eingebaut und bereits umfangreich erprobt. Die „Sachsen“ ist weltweit die erste seegehende Einheit, die über diese Version verfügt.

Zweifordernde Wochen liegen hinter den Besatzungen der deutschen Marineschiffe, die im Oktober 2025 an der Schießübung vor der norwegischen Insel Andøya teilnahmen.



Besonderes Augenmerk lag in diesem Jahr auf dem erstmaligen Einsatz einer Marine-Version des Flugabwehraketensystems IRIS-T SLM. In Zusammenarbeit mit dem Hersteller Diehl Defence wurde eine Demonstrator-Variante auf der Fregatte „Baden-Württemberg“ installiert und während der Übung getestet.

Das Ergebnis: Das System konnte mehrere Ziele unter realistischen Gefechtsbedingungen präzise bekämpfen und überzeugte mit einer hohen Trefferquote. Damit wurde ein wichtiger Schritt zur möglichen Serienintegration von IRIS-T SLM auf deutschen Marineschiffen gemacht. Mit einer Reichweite von rund 40 Kilometern und einer Abdeckung bis zu 20 Kilometern Höhe schließt es eine entscheidende Lücke zwischen der Flugabwehr im Nahbereich und der weitreichenden Luftverteidigung.

Verteidigungsbereitschaft unter Beweis gestellt

Die Maritime Firing Exercise 2025 hat gezeigt, dass die Marine nicht nur verteidigungsbereit ist, sondern auch über die Einsatzreife verfügt, ihre Fähigkeiten unter realen Bedingungen wirksam einzusetzen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass Technologien wie IRIS-T SLM das Verteidigungsfähigkeiten künftig entscheidend erweitern können.



▲ Beim Nachtschießen wurde auch mit RAM-Flugabwehraketensystemen trainiert. Das RAM-System dient auf deutschen Fregatten und Korvetten zur Verteidigung im Nahbereich.

Die Schiffe des Übungsverbands bleiben während der Maritime Firing Exercise in Nordnorwegen in Formation. ▶

Mit dem erfolgreichen Abschluss der Schießübung hat die Marine ihre zentrale Rolle in der Landes- und Bündnisverteidigung bekräftigt und unter Beweis gestellt, dass sie bereit ist, ihre Aufgaben auf See jederzeit und unter allen Bedingungen zu erfüllen.

Text: René Bischoff



Luftwaffen-Piloten werden in den USA Fluglehrer für die neue CH-47F

Der erste der 60 bestellten Hubschrauber vom Typ CH-47F Chinook wird im Herbst 2027 in Deutschland erwartet. Darauf bereitet sich die Luftwaffe schon jetzt intensiv vor. Derzeit werden fünf Piloten im US-Bundesstaat Alabama zu Fluglehrern für die Chinook ausgebildet. Ihr Wissen werden sie erst in Fort Rucker und später in Holzdorf an den Pilotennachwuchs weitergeben.

Nichts könnte weniger an eine Fabrik erinnern als Fort Rucker. Grün, wohin das Auge sieht. Rasen, Wald, ein Golfplatz, Seen, flache Gebäude. Und dennoch ist dieser Stützpunkt mit dem U. S. Army Aviation Center of Excellence (AVCOE, früher USAACE) die größte Ausbildungsstätte der U. S. Army für Hubschrauberpilotinnen und -piloten weltweit. Jährlich lernen hier mehr als 1.300 Soldatinnen und Soldaten das Fliegen mit den sogenannten Drehflüglern. Und weil es so viele sind, wird Fort Rucker, das zwischen 2023 und 2025 kurzzeitig den Namen Fort Novosel trug, eben auch „die Fabrik“ genannt.

500 Hubschrauber im „Home of Army Aviation“

Die Dimensionen von Fort Rucker sind riesig. Mit 255 Quadratkilometern Fläche ist es größer als die Stadt Frankfurt am Main. Das Übungsgebiet umfasst einen Bereich von fast 77.000 Quadratkilometern, da würde ganz Bayern hineinpassen. Fünf Heliports sind auf dem Gelände verteilt. Hier stehen über 500 Hubschrauber der Typen UH-72 Lakota, AH-64 Apache, UH-60 Black Hawk und CH-47 Chinook, die pro Jahr insgesamt 236.000 Flugstunden absolvieren. Außerhalb des Forts können die Pilotinnen und Piloten 68 Landeplätze nutzen. Das „Home of Army Aviation“ ist deshalb nicht nur für die US-Heeresflieger ein einzigartiges Übungsgelände.

Die U. S. Air Force schickt Hubschrauberpilotinnen und -piloten zur Ausbildung hierher und es kommen zahlreiche Flugschülerinnen und -schüler aus anderen Ländern: von Australien bis Singapur, von den Niederlanden bis Saudi-Arabien. Daher haben sieben Länder, darunter auch Deutschland, in Fort Rucker Verbindungsoffiziere stationiert.



Hügelige Idylle mit Alligatoren

Aus der fliegenden CH-47 betrachtet wirkt die hügelige Landschaft unten sehr „deutsch“: viel Wald, Rasenflächen, Felder. Doch es gibt deutliche Unterschiede, wie Neuankömmlinge in Fort Rucker schnell merken. Auf den Feldern wächst oft Baumwolle statt Weizen, in den Seen leben Alligatoren und Klappschildkröten, in den Gärten sieht man Kolibris statt Amseln. Und am Himmel: immer wieder Hubschrauber.

Während im Boeing-Werk Philadelphia gerade die ersten Teile für die erste deutsche CH-47F Block II entstehen, lernen fünf deutsche Piloten in Alabama gerade, die markante Maschine mit den Tandemrotoren zu fliegen, um ihre Musterberechtigung zu erhalten. Darauf folgt die weitere Ausbildung zum Fluglehrer. Anschließend bleiben die Soldaten für drei Jahre in Fort Rucker, wo sie dann selbst junge Pilotinnen und Piloten ausbilden.

Erstflug mit der CH-47

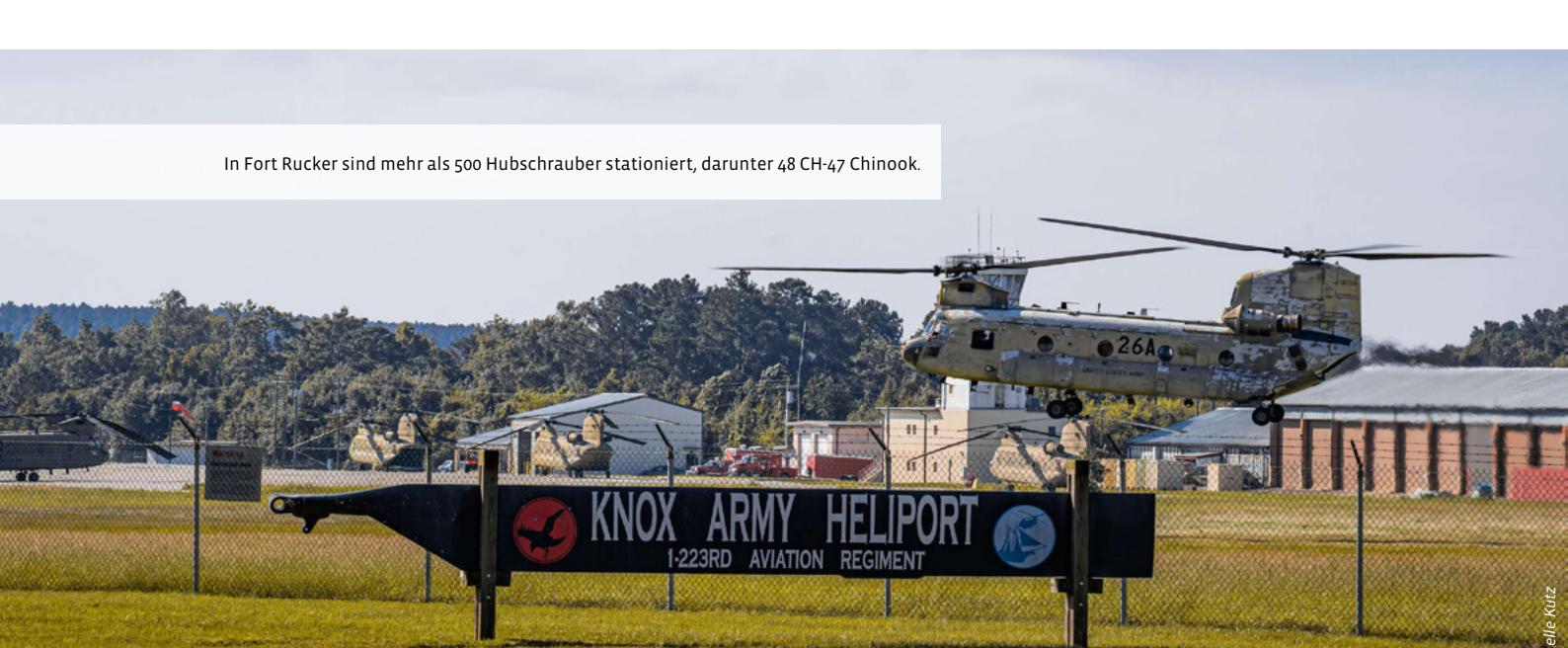
Frank H. ist einer von ihnen. Der 49-jährige Hauptmann ist in seiner Luftwaffenlaufbahn schon sechs verschiedene Hubschraubertypen geflogen, die Chinook ist sein siebter. Eigentlich kann ihn so schnell nichts beeindrucken, aber: „Der Erstflug auf unserer CH-47 hier war wirklich ein außergewöhnliches Erlebnis. Grundsätzlich ist Fliegen zwar Fliegen, egal mit welchem Modell, aber das hier war schon was Besonderes, einfach, weil sie so riesig ist. Die Chinook ist ein mächtiges Luftfahrzeug und definitiv das größte, das ich in meinem Leben fliegen durfte. Das macht mich schon stolz.“

Fort Rucker kennt Frank H. schon seit seiner Grundausbildung für Hubschrauber, die er hier 1999 durchlaufen hat. „Danach wollte ich immer zurückkommen, um als Fluglehrer hier zu arbeiten“, sagt er. Nach rund 5.700 Flugstunden auf anderen Hubschraubern wird sein Traum mit der CH-47 nun wahr. Frank H. und seine vier Kameraden, die jetzt in Alabama ausgebildet werden, sind aber nicht die ersten deutschen CH-47-Fluglehrer in Fort Rucker. Die beiden ersten Piloten der Luftwaffe bilden bereits seit Februar 2025 Schülerinnen und Schüler aus den USA und mehreren anderen Ländern auf diesem Hubschrauber aus.

Jahrzehntelange Tradition: Deutsche in Fort Rucker

Deutsche in Fort Rucker sind nichts Neues. Schon seit über 50 Jahren kommen Flugschülerinnen und Flugschüler von Heer, Marine und Luftwaffe hierher, um entweder ihre ersten Hubschrauberrunden zu drehen, die Musterausbildung auf einem Helikopter zu machen oder um als Instructor Pilot, also als Fluglehrerin oder Fluglehrer, für einige Jahre hier zu arbeiten. So erinnert sich Colonel Douglas Holt vom U. S. Army Aviation Center of Excellence daran, dass er selbst als junger Leutnant hier von einem deutschen Fluglehrer das Fliegen mit dem Nachsichtsystem gelernt hat.

In Fort Rucker sind mehr als 500 Hubschrauber stationiert, darunter 48 CH-47 Chinook.



Die US-Ausbilder in Fort Rucker sind mit ihren aktuellen deutschen Schützlingen mehr als zufrieden. „Die deutschen Piloten sind sehr interessiert am Warum und sie haben eine andere Art des Fliegens“, sagt beispielsweise Chief Warrant Officer 3 Joseph Chadwick, Kursleiter für den CH-47-Fluglehrerkurs. „Das bringt uns dazu, darüber nachzudenken, warum wir den Hubschrauber so einsetzen, wie wir es tun, und nicht so, wie es die Deutschen oder andere Nationalitäten tun. Es ist also eine Lernerfahrung, von der alle profitieren.“

Arbeitspferd der U. S. Army

Während die deutschen Ladungsmeister, die in Pennsylvania für die CH-47 ausgebildet werden, viele Unterschiede zur CH-53 feststellen, haben es die Piloten trotz der Größe des Helikopters leichter. „Insgesamt ist es viel einfacher, einen Hubschrauber mit Tandemmotor zu fliegen als einen Hubschrauber wie die CH-53 mit Heckrotor“, sagt Kursleiter Chadwick. „Er ist stabiler und wir müssen nicht so viel mit den Pedalen arbeiten.“

Überhaupt sind die US-Ausbilder begeistert von „ihrer“ Chinook. Chadwick betont besonders ihre Vielseitigkeit: „Sie ist mit Abstand der leistungsstärkste Hubschrauber im Bestand der US-Armee. Die CH-47 kann weiter fliegen als alle anderen Hubschrauber und ist dabei schneller und kann mehr transportieren.“ Ein anderer betont: „Ich habe noch keinen Chinook-Piloten getroffen, der diesen Hubschrauber nicht mag.“

Luftwaffe in Fort Rucker

Ab 2028 werden pro Jahr 17 Soldatinnen und Soldaten der Luftwaffe schon für die Grundausbildung zum Helikopterpiloten nach Fort Rucker gehen. 15 davon machen dann auch gleich die CH-47-Schulung. Zusätzlich werden weitere CH-53-Pilotinnen und -piloten auf die CH-47 umgeschult. Ziel der Luftwaffe ist es, künftig rund 200 Pilotinnen und Piloten für den schweren Transporthubschrauber einsetzen zu können.

Text: Stefanie Pfingsten



Eingeschränkte Sicht: An den Flug mit Nachsichtgeräten müssen sich alle Pilotinnen und Piloten gewöhnen, denn damit ist der Blickwinkel von normalen etwa 180 Grad auf 42 Grad eingeschränkt und das Bild erscheint eher zweidimensional.

Moratorium für die Konversion von Liegenschaften

Durch den notwendigen Aufwuchs der Streitkräfte entstehen Bedarfe an Liegenschaften, die in den kommenden Jahren gedeckt werden müssen. Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) setzt daher die Umwandlung von militärisch genutzten Liegenschaften in eine zivile Nachnutzung (Konversion) aus.

Der in den frühen 1990er Jahren begonnene und in den 2010er Jahren nach Aussetzung der Wehrpflicht fortgesetzte Prozess der Konversion von Liegenschaften der Bundeswehr wird mit diesem Moratorium also angehalten: Aktuell betrifft das zunächst 187 ehemalige militärische Liegenschaften, die sich im Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) befinden. Diese sind grundsätzlich für eine Nutzung durch die Bundeswehr geeignet.

Betroffen sind außerdem weitere 13 Liegenschaften, die die Bundeswehr noch betreibt. Entgegen früherer Entscheidungen werden diese nicht aus der Nutzung genommen. Dazu gehören u.a. der ehemalige Fliegerhorst in Fürstenfeldbruck und Teile des Flughafens Tegel in Berlin.

All diese Liegenschaften werden der so genannten „strategischen Liegenschaftsreserve der Bundeswehr“ zugeführt. Diese Reserve enthält grundsätzlich alle Liegenschaften, welche aufgrund militärischer Eignung von der Bundeswehr in den kommenden Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit genutzt werden können. Dies gilt dabei ebenso für militärisch geeignete Liegenschaften, die der Bundeswehr von Dritten angeboten werden. Mit der Liegenschaftsreserve sollen im Bedarfsfall kurzfristige Lösungen für die Infrastrukturbedarfe der Bundeswehr möglich werden; dies nicht zuletzt durch die Schaffung verfahrensrechtlicher Voraussetzungen für die Anwendung des vereinfachten militärischen Baurechts.

Die Bundeswehr stimmt sich im gesamten Verfahren mit allen beteiligten Stakeholdern des Bundes sowie der Länder und insbesondere mit den Standort-Kommunen eng ab. In Fällen mit besonders dringendem Konversionsinteresse werden bereits Gespräche mit Ländern, Städten und Gemeinden geführt, um Lösungen zu prüfen, die sowohl die militärischen Erfordernisse als auch die kommunalen Interessen berücksichtigen.





Der für die Infrastruktur zuständige Staatssekretär Hilmer dazu:

“Wir sind uns der Tragweite der Entscheidung sehr bewusst und wissen, dass in vielen Fällen bereits Planungen bestehen, betroffene Flächen zivil zu nutzen. Es ist uns deshalb sehr wichtig, in einem Dialog mit Ländern und Kommunen gute Wege zu finden, um die notwendigen Planungen der Bundeswehr im gemeinsamen Interesse umzusetzen. Wo immer dies möglich ist, werden wir versuchen, auch bestehende zivile Planungen zu berücksichtigen. Der Aufwuchs der Bundeswehr ist dabei aufgrund der Bedrohungslage nicht nur im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung zwingend, sondern bietet auch strukturpolitisch Chancen für unsere Kommunen und Länder. Das Bundesministerium der Verteidigung begrüßt daher die bereits auf vielen Ebenen konstruktiv geführten Gespräche und sichert zu, diese intensiv fortzuführen.“

Anzeige



**Wenn Du mal auf
Dich allein gestellt bist.**


VICTORINOX
 „Offiziersmesser“

KLEEN
 WERBUNG
 Telefon +49 (0) 49 71 / 92 33 10
 Fax +49 (0) 49 71 / 92 33 15
 info@kleen-werbung.de

Marktreife von deutschem Laserwaffensystem rückt in greifbare Nähe

Die Rüstungsunternehmen Rheinmetall und MBDA Deutschland haben nach abgeschlossener einjähriger Testphase zur See einen Laserdemonstrator für die Marine zur weiteren Erprobung an das Laserkompetenzzentrum der Wehrtechnischen Dienststelle für Waffen und Munition (WTD 91) in Meppen transferiert. Dies markiert einen Meilenstein in der weiteren Entwicklung zu einem Hochenergie-Laserwaffensystems für den maritimen Einsatz und unterstreicht die enge Partnerschaft der beiden Unternehmen.

Ein einsatzfähiges Laserwaffensystem für die Deutsche Marine kann auf dieser Basis ab 2029 verfügbar sein und somit eine kostengünstige und leistungsstarke Ergänzung zu konventionellen Lenkflugkörpern bieten. Der containerisierte Demonstrator wurde bereits mehrmals – im Laufe eines Jahres – unter realen Bedingungen auf See an Bord der Fregatte SACHSEN erfolgreich getestet, was die Robustheit und Leistungsfähigkeit des Systems unter Beweis stellte.

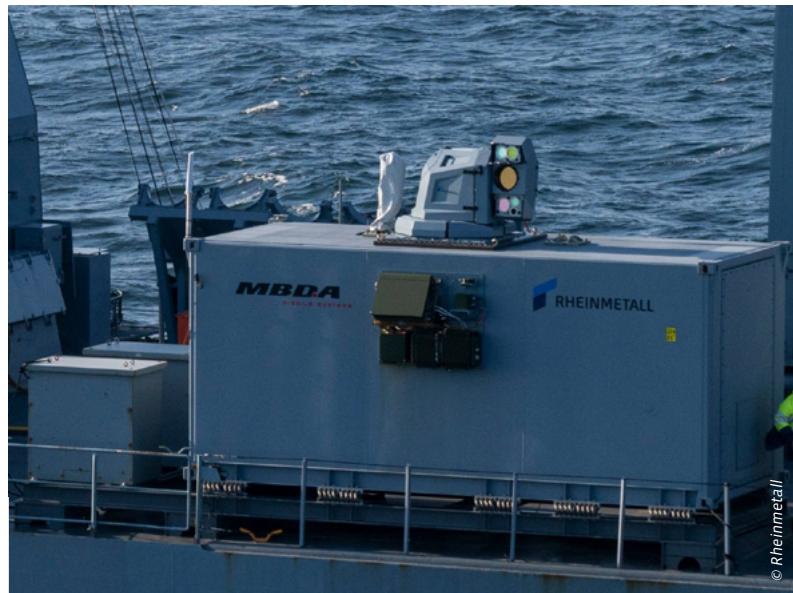
Der Lasercontainer ist nun mithilfe der WTD 91 in Meppen in Betrieb genommen worden und kann dort zur weiteren Erprobung landgestützter Drohnenabwehr genutzt werden. Mit seiner Fähigkeit, Drohnen und andere kleine, schnelle Ziele präzise und effektiv zu neutralisieren, adressiert es eine der drängendsten Herausforderungen unserer Zeit. Ein operationelles Laserwaffensystem eignet sich komplementär zu Rohrwaffen und Lenkflugkörpern insbesondere zur Abwehr von Drohnen und Drohnenschwärmern, aber auch angreifenden Schnellbooten sowie ggf. Lenkflugkörpern im Nah- und Nächstbereich. Es kann zudem in Zukunft auch leistungsfähiger ausgestattet und zur Zerstörung von Überschall-Lenkflugkörpern und Raketen sowie Mörser- und Artilleriegranaten eingesetzt werden.

Die Aufteilung der Arbeitsanteile am System erfolgt etwa zu gleichen Teilen zwischen Rheinmetall und MBDA, wobei MBDA Deutschland für die Zielerfassung und -verfolgung (Tracking), die Bedienkonsole und die Anbindung des Laserwaffendemonstrators an das Führungssystem zuständig ist. Im Verantwortungsbereich Rheinmetalls liegen das Richtsystem, die Strahlführung und der Demonstrator-Container sowie die mechanische bzw. elektrische Integration des Demonstrators auf dem Deck der Fregatte SACHSEN und letztlich auch die Hochenergie-Laserquelle inklusive deren Peripherie.

In den erfolgreichen Tests auf der Fregatte SACHSEN wurde die Leistungsfähigkeit des Demonstrators bezüglich Trackingfähigkeit, Wirkung und Präzision unter realen Bedingungen erstmalig in Europa in über 100 durchgeführten Beschüssen und deutlich mehr Trackingversuchen nachgewiesen, auch ohne die Landschaft als Strahlfang zu benutzen (Bekämpfung von Zielen vor „Blue Sky“). Diese Technologie ermöglicht nachgewiesenermaßen hohe Reaktionsgeschwindigkeit und Genauigkeit bei der Bekämpfung von Drohnen und steigert somit die Effektivität der Drohnenabwehr erheblich.

Text: Rheinmetall; DK

Nach erfolgreichen Tests auf der SACHSEN wird der Laserwaffendemonstrator nun im Bereich der landgestützten Drohnenabwehr erprobt.





Newsletter Verteidigung veröffentlicht in deutscher Sprache aktuelle Aufsätze, Berichte und Analysen sowie im Nachrichtenteil Kurzbeiträge zu den Themen Rüstungstechnologie, Ausrüstungsbedarf und Ausrüstungsplanung, Rüstungsinvestitionen, Materialerhaltung, Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie Aus- und Weiterbildung. Newsletter Verteidigung hat eine europäische, aber dennoch vorrangig nationale Dimension. Aus der Analysearbeit von Newsletter Verteidigung werden regelmäßig hoch priorisierte Themenfelder aufgegriffen, welche interdisziplinär einen Bogen spannen von der auftragsgerechten Ausstattung der Bundeswehr mit Wehrmaterial, der Realisierungsproblematik von militärischen Beschaffungsvorhaben, der Weiterentwicklung der Streitkräfte, den technologischen Trends und Entwicklungstendenzen bei Wehrmaterial, der Weiterentwicklung der heimischen wehrtechnischen Industriebasis und der Rüstungs- und Sicherheitspolitik bis hin zur Rüstungszusammenarbeit mit Partnerländern und gemeinsamen Beschaffung von Wehrmaterial.

Der Verlag hält die Nutzungsrechte für die Inhalte des Newsletter Verteidigung. Sämtliche Inhalte des Newsletter Verteidigung unterliegen dem Urheberrechtschutz. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten, die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Verlages liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Newsletter Verteidigung erscheint auf elektronischem Wege (PDF-Format) mit 50 Ausgaben im Jahr. Eine Weiterverbreitung von Inhalten des Newsletter Verteidigung darf nur im Wege einer Gruppenlizenz erfolgen. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf mit Einschreiben gekündigt wird.

Newsletter Verteidigung ist eine offizielle Publikation der VDS Verlag Deutsche Spezialmedien GmbH, 35037 Marburg. Die in diesem Medium veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Mediums darf – abgesehen von den Ausnahmefällen der §§53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichten – ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) reproduziert oder eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magazinverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben dem Verlag vorbehalten. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken und verpflichtet gemäß §54 (2) UrhG zur Zahlung einer Vergütung.

Verlagsanschrift:
VDS Verlag Deutsche Spezialmedien GmbH

Ketzerbach 25-28
35037 Marburg, Germany

Tel. +49 6421 1832-899
Fax +49 6421 18329-05

E-Mail:
verlag@deutsche-spezialmedien.de

Gerichtsstand:
AG Marburg an der Lahn

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts:
Daniel Kromberg (DK),
Chefredakteur

E-Mail:
redaktion@newsletter-verteidigung.de